

BAHAI IM IRAN



Anhänger der größten religiösen Minderheit im Iran werden seit Jahrzehnten systematisch unterdrückt. Links im Bild, die zehn Frauen, die in den 1980er Jahren öffentlich erhängt wurden. Rechts, die Zerstörung des National Bahai Centers in Teheran (ca. 1955).

Systematische Verfolgung zum Ausschluss aus der Gesellschaft

Ein Beitrag von Jascha Noltenius:

Im Gegensatz zu der in den achtziger Jahren verfolgten Strategie unverhohlener Hinrichtungen der Bahá'í, wie etwa der öffentlichen Erhängung von zehn Frauen, darunter einer Minderjährigen, für das Unterrichten in Sonntagsschulen, hat sich die iranische Regierung in den letzten Jahrzehnten - neben weiterhin erfolgenden willkürlichen Inhaftierungen - weitgehend darauf konzentriert, Bahá'í durch wirtschaftliche und soziale Repressalien aus dem Iran zu vertreiben und ihr Kultur- und Gemeindeleben zu zerstören.

Zu diesen Maßnahmen gehören anhaltende Bemühungen, Bahá'í von höherer Bildung auszuschließen, ihnen die Möglichkeiten zum Erwerb ihres Lebensunterhaltes zu versagen und sie der geistigen Inspiration durch ihre heiligen und historischen Stätten zu berauben. Dadurch verletzen die iranischen Behörden ihre menschenrechtlichen Pflichten aus den völkerrechtlich verbindlichen UN-Pakten über wirtschaftliche, soziale und kulturelle sowie über bürgerliche und politische Rechte, u.a. den Schutz vor willkürlicher Inhaftierung, das Recht auf Religionsfreiheit, aber auch das Recht auf freie Berufsausübung und auf Bildung.

Weitere Informationen zu Menschenrechtsverletzungen im Iran

Über den Autor



Jascha Noltenius ist Beauftragter für Außenbeziehungen der Bahá'í-Gemeinde in Deutschland und ihr Sprecher in Menschenrechtsfragen gegenüber Politik, Nichtregierungsorganisationen und Medien. Er studierte an der Westfälischen-Wilhelms-Universität in Münster Rechtswissenschaften und war anschließend als Rechtsreferendar u.a. im Menschenrechtszentrum der Universität Potsdam, dem European Centre for Constitutional and Human Rights sowie dem Deutschen Institut für Menschenrechte tätig.

Jascha Noltenius